

Inhalt

SCHWERPUNKTTHEMA: Aktuelle politische Fragen der Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements

- Geue: Engagement braucht Vertrauen
- Strachwitz: Worum geht es beim ADAC?
- Spangenberg: Mindestlohn und Ehrenamt sowie Kooperationsverbot
- Bode: Bürokratieabbau und Engagementförderung
- Klein: Rechtliche Instrumente der Engagementförderung
- Schäfer/ Schmidt: Schwachstellen in Leitung und Aufsicht

LÄNDERBERICHTE

- Engagement-Dialog in Mecklenburg-Vorpommern
- Ausstellungen zu rechter Gewalt in Prora
- Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz: Einmischen und Mitgestalten
- Jugendwettbewerb Rheinland-Pfalz
- Sozial- und Seniorengenossenschaften: Seminar

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- ADAC und Vereinsrecht: Kleine Anfrage beantwortet
- Ehrenamt und Mindestlohngesetz: Protokollnotiz
- Mehrgenerationenhäuser: Finanzierung 2015 und später
- Röscheisen: Zivilgesellschaft und Endlager-Kommission
- Schaar: Privatsphäre und Menschenrecht

Aktuelles aus dem BBE

- Projekt ehrenamtliche Vereinsvorstände: Online-Publikation
- Die 10. Woche des bürgerschaftlichen Engagements
- Deutscher Engagementpreis: Nominierungsrekord
- Mitglied des Monats: Verwaltungs-Berufsgenossenschaft

FACHDISKURS

- Veranstaltung zum schottischen Unabhängigkeitsreferendum
- Anerkennungskultur und Interkulturalität: Tagung
- Neunter Demographie-Kongress
- 30 Jahre NAKOS: Fachtagung
- 50 Jahre Robert Bosch Stiftung: Internationale Konferenz
- Bewerbung um Olympische Spiele: Dossier für eine Reform
- »Staatliche Schutzpflichten und Pflege« Publikation
- »Partizipation in der sozialen Arbeit« Publikation
- Hinweis

SCHWERPUNKTTHEMA: Aktuelle politische Fragen der Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements

nach oben

Geue: Engagement braucht Vertrauen

Dr. Heiko Geue, seit Anfang des Jahres Abteilungsleiter für die Zentralabteilung und Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), stellt in seinem Gastbeitrag Kontinuität und Wandel des ministeriellen Zugangs zur Engagementpolitik dar. Schon die Einrichtung einer neuen Unterabteilung »Engagementpolitik« in der Abteilung 1 des BMFSFJ signalisiere: Engagementpolitik soll künftig ein Schwerpunktthema auf Augenhöhe mit den »klassischen« Bereichen des BMFSFJ sein. Diese neue Engagementpolitik soll eine dialogorientierte, kooperativ-qualitative, auf den Erhalt und den Ausbau von Vertrauen gerichtete Programm- und Prozesspolitik sein. Nicht »Projektitis«, sondern eine erfolgreiche trisektorale Zusammenarbeit zur Schaffung nachhaltiger Strukturen und qualitativ hochwertiger Entwicklungsprozesse des Engagements vor Ort sind der Weg, um das Engagement der Vielen zu stärken: »Denn auf die Engagierten kommt es an, nicht auf uns.«

Gastbeitrag von Heiko Geue unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/08/NL14_Gastbeitrag_Geue.pdf (203 kB)

nach oben

Strachwitz: Worum geht es beim ADAC?

Die Herausforderungen und die für die Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft nicht zu unterschätzende Funktion der Reform des ADAC ist Thema des Gastbeitrages von Dr. Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Er ist stellvertretender Vorsitzender des vom ADAC im März 2014 berufenen Beirats zur Begleitung des Reformprozesses.

Als größte Mitgliederorganisation in der deutschen Zivilgesellschaft sind die Probleme des ADAC und deren Überwindung keineswegs singulär auf diese Organisation beschränkt. Governance-Fragen, die hybride Verbindung von Advocacy, Dienstleistungen, Dominanz wirtschaftlicher Ausrichtung, internem Vereinsleben oder anerkannter Verbraucherschutzorganisation finden sich in unterschiedlichen Formen und Verbindungen auch bei anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. In welche Richtungen der Reformwille beim ADAC letztlich führen wird, wird sich zeigen und hängt auch ab von einigen rechtlichen, noch ausstehenden Urteilen. Ein Blick auf vergleichbare Organisationen in anderen Ländern zeigt, dass sehr grundlegende Änderungen möglich sind. Dieser Beitrag wird auch in der Ausgabe 3/2014 der Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen (npoR) veröffentlicht. Die Ausgabe wird voraussichtlich Anfang Oktober erscheinen.

Gastbeitrag von Rupert Graf Strachwitz unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/08/NL14_Gastbeitrag_Graf_Strachwitz.pdf (155 kB)

nach oben

Spangenberg: Mindestlohn und Ehrenamt sowie Kooperationsverbot

Das schwierige Verhältnis von Mindestlohn und Ehrenamt sowie das Kooperationsverbot sind die Themen des Gastbeitrages von Manfred Spangenberg, Sprecher der BBE-Arbeitsgruppe 1 »Rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements«. Die politische Debatte um die Frage, ob das Ehrenamt vom Mindestlohn ausgenommen werden sollte, obwohl dort doch gar kein Lohn gezahlt wird, dokumentiert die fortgeschrittene Verwechslung von ehrenamtlichen Engagement und dessen Eigensinn mit erwerbswirtschaftlicher Arbeit im politischen Raum. Während hier eine fatale Monetarisierung im Denken fortschreitet, wäre es an der Zeit, nach dem Vorbild der Bafög-Reform auch im Feld der engagementpolitischen Förderung das Kooperationsverbot zu überwinden. Nur so kann der Projektitis mit ständig neuen Projekten des Bundes, für deren Fortführung später bei den Ländern das Geld fehlt, ein Ende gesetzt werden.

Gastbeitrag von Manfred Spangenberg unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/08/NL14_Gastbeitrag_Spangenberg.pdf (163 kB)

nach oben

Bode: Bürokratieabbau und Engagementförderung

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen generell sowie die Vereinfachung beim Zuwendungsrecht sind das Thema des Gastbeitrages von Rainer Bode, dem stellvertretenden Sprecher der BBE-Arbeitsgruppe 1 »Rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements«. Kritisch beurteilt er die bisherigen Versuche unter der Überschrift Bürokratieabbau, aus dem auch das Ehrenamtsstärkungsgesetz der vergangenen Legislaturperiode hervorgegangen ist. Er verdeutlicht den Reformstau und seine Wirkung besonders für ehrenamtlich geführte Organisationen. Auch beim

Zuwendungsrecht, bei dem das Bundesfinanzministerium unzugänglich ist, sieht es nicht besser aus. Einen Hoffnungsschimmer sieht er aber in einem in NRW diskutierten Kulturfördergesetz: »Wenn das Gesetz beschlossen und erfolgreich umgesetzt wird, kann das evtl. ein Signal für den Bund als auch für die anderen Länder sein, etwas im Sinne von Bürokratieabbau und Vereinfachung in Gang zu setzen.«

Gastbeitrag von Rainer Bode unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/08/NL14_Gastbeitrag_Bode.pdf (181 kB)

nach oben

Klein: Rechtliche Instrumente der Engagementförderung

Das Gemeinnützigkeits- und Zuwendungsrecht als Instrument der Engagementförderung ist das Thema des Gastbeitrages von PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE. Zum Einen behandelt er die nach wie vor unbefriedigende steuerrechtliche Berücksichtigung des Zwecks der Engagementförderung. Diese Situation belastet insbesondere die Infrastruktureinrichtungen zur Engagementförderung. Zum Anderen geht es ihm nicht zuletzt für die Infrastrukturentwicklung in der Engagement- und Partizipationsförderung um einen Abbau von zuwendungsrechtlichen Fehlsteuerungen, die zu viele Projektruinen erzeugen und zu wenig auf Festbeträge statt Fehlbedarfszuwendungen stzen.

Gastbeitrag von Ansgar Klein unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/08/NL14_Gastbeitrag_Klein.pdf (125 kB)

nach oben

Schäfer/ Schmidt: Schwachstellen in Leitung und Aufsicht

Franz-Martin Schäfer und Dr. Andreas Schmidt befassen sich im PHINEO-Team mit dem Arbeitsschwerpunkt Governance bei gemeinnützigen Organisationen. Vor dem Hintergrund der PHINEO-Analysen von ca. 600 gemeinnützigen Organisationen jeder Rechtsform und Größe in den letzten vier Jahren stellen sich immer wieder ähnelnde Governance- und Gremienstrukturen dar, die ihnen aufgefallen sind. Dazu gehören unklare Kompetenzen, personelle Verflechtungen, mangelnde Transparenz oder zu wenig Aufmerksamkeit gegenüber Governance. In ihrem Beitrag diskutieren sie zehn Schwachstellen und geben jeweils Hinweise zu deren Behebung.

Gastbeitrag von Franz-Martin Schäfer und Andreas Schmidt unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/08/NL14_Gastbeitrag_Schaefer_Schmidt.pdf (181 kB)

nach oben

LÄNDERBERICHTE

nach oben

Engagement-Dialog in Mecklenburg-Vorpommern

Am 24. Juni 2014 stellten die Herbert Quandt-Stiftung und die Mecklenburger AnStiftung neue Impulse der Engagementförderung in Mecklenburg-Vorpommern vor. Das Arbeitspapier ist das Ergebnis von Beratungen, die fünfzehn Experten aus Politik, Vereinen, Sozialverbänden, Kirchen, Kultur und Wissenschaft in Mecklenburg-Vorpommern seit November 2012 auf Einladung der beiden Stiftungen führen. Fünf Kernpunkte hat die »Denkwerkstatt Bürger.Innen.Land Mecklenburg-Vorpommern« formuliert, in denen es um Qualifizierung, Vernetzung, Kommunikation, politisch-administrative Erleichterungen und eine neue Balance zwischen Bürgergesellschaft und Staat geht. Das Impulspapier wird in mehreren Städten des Landes mit Aktiven und interessierten BürgerInnen diskutiert. Die ersten Gespräche fanden in Greifswald und Demmin statt. Es folgen Diskussionen am 22. August in Schwerin, am 15. September in Rostock und am 22. Oktober in Wittenburg.

Weitere Informationen unter
<http://www.anstiftung-mv.de>

Impulspapier unter
http://www.herbert-quandt-stiftung.de/files/gesellschaftundpolitik/buergerinnenlandmv/impulspapier_denkwerkstatt_buerger_innen_land_mv_web.pdf

nach oben

Ausstellungen zu rechter Gewalt in Prora

Am 7. August 2014, 16 Uhr, hat das Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit dem Dokumentationszentrum Prora die beiden Ausstellungen »Rechtsextreme Gewalt in Deutschland 1990-2013« und »Opfer rechter Gewalt in Deutschland« eröffnet. Für die Fotoausstellung »Rechtsextreme Gewalt in Deutschland 1990-2013« des Militärgeschichtlichen Museums Dresden reiste Sean Gallup durch alte und neue Bundesländer. Seine fotografischen Zeugnisse geben einen umfassenden und auch schockierenden Einblick in die rechte Szene. Die Ausstellung über Opfer rechter Gewalt von Rebecca Forner und der Opferperspektive e.V. Potsdam basiert auf den Recherchen von Journalisten und wurde 2012 mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung aktualisiert. Porträtiert werden Menschen, die seit dem Wendejahr 1990 bis Ende 2012 nach Recherchen der MUT-Redaktion und des Opferfonds CURA der Amadeo-Antonio-Stiftung durch die Folgen rechtsextremer Gewalt ums Leben gekommen sind. Die Ausstellungen sind im Dokumentationszentrum Prora vom 8. August bis zum 31. Oktober 2014 täglich zu besuchen.

Weitere Informationen unter
http://www.proradok.de/seiten_deutsch/sonder.html

nach oben

Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz: Einmischen und Mitgestalten

Der neunte Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz findet am 2. Oktober 2014 zum zweiten Mal als »Messe für Kinder- und Jugendbeteiligung« unter dem Motto »Einmischen & Mitgestalten« statt. Die Veranstaltung bietet ein vielfältiges Angebot rund um die Themen Demokratiepädagogik und Kinder- und Jugendpartizipation. Die Themen reichen von der Kita über die Schule bis zu Fragen politischer Beteiligung. Der Demokratie-Tag richtet sich an Erwachsene und Jugendliche, die sich für Kinder- und Jugendbeteiligung, für Demokratie und Partizipation interessieren. Mit Ausstellungsständen, Workshops, Filmen und Diskussionen bietet der Demokratie-Tag Information en, Austausch und Weiterbildung für alle Interessierten. Schirmherrin der Veranstaltung ist Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Der Demokratie-Tag wird von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. Rheinland-Pfalz, der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, der Serviceagentur »Ganztägig lernen« Rheinland-Pfalz und dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen in Zusammenarbeit mit einem breiten Bündnis aus zivilgesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen veranstaltet.

Weitere Informationen unter
<http://demokratietag-rlp.de>

nach oben

Jugendwettbewerb Rheinland-Pfalz

Die Bertelsmann Stiftung und die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz haben zusammen den Jugendwettbewerb Rheinland-Pfalz ausgeschrieben. »Sich einmischen – was bewegen« ist das Motto des Wettbewerbs. Bis zu 60 Projekte können Fördermittel zwischen 500.- und 1000.- Euro gewinnen. Bewerben können sich Projekte, die von jungen Menschen zwischen 12 und 25 Jahren selbst geleitet und bis Ende 2015 in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden. Zudem müssen Themen, Anliegen und Lösungsansätze aus dem Jugendmanifest (BBE-Newsletter 4/2014 und 24/2012) aufgegriffen werden. Eine Jury, die zu zwei Dritteln aus Jugendlichen besteht, entscheidet im November/ Dezember 2014, die Preise werden im Januar/ Februar 2015 verliehen.

Weitere Informationen unter
<http://www.jugendforum.rlp.de>

nach oben

Sozial- und Seniorengenossenschaften: Seminar

Nach den Energiegenossenschaften mit 900 Neugründungen können auch Sozial- und Seniorengenossenschaften als Formen gemeinschaftlicher Selbsthilfe auf ein kontinuierlich wachsendes Interesse hoffen. Nicht zuletzt in Bayern werden sozialgenossenschaftliche Konzepte unterstützt. Für Gründungsinteressierte, Verantwortliche aus öffentlicher Verwaltung und Wohlfahrtseinrichtungen findet am 20. und 21. Oktober 2014 ein Seminar statt, in dem es u.a. um die Unterstützungsaktivitäten des Sozialministeriums in Bayern, um Beispiele erfolgreicher Sozial- und Seniorengenossenschaften oder um Schritte bis zur endgültigen Rechtsfähigkeit der eG geht. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, der Teilnahmebeitrag beträgt 270.- Euro.

Weitere Informationen unter
<http://www.ibpro.de/2014-15/anmeldeformular/grundung-von-sozial-und-seniorengenossenschaften-20-21102014/>

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

nach oben

ADAC und Vereinsrecht: Kleine Anfrage beantwortet

Am 26. Juni 2014 hat die Bundesregierung eine Kleine Anfrage (18/1757) der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu »Konsequenzen aus den Vorwürfen gegen den ADAC« beantwortet (18/1931). Sie sieht aufgrund der gegen den ADAC erhobenen Vorwürfe keinen Handlungsbedarf, das Vereinsrecht zu verändern. Die im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz am 29. Januar 2014 angekündigten Gespräche zwischen Regierung und ADAC, nach deren Verlauf und Inhalt die Fraktion fragte, hätten noch nicht stattgefunden. Den einzigen eventuellen Handlungsbedarf sieht die Regierung in einer besseren Gewährleistung der »Richtigkeit von Verbraucherinformationen durch private Stellen«. Ansonsten seien die diversen in der Anfrage angesprochenen juristischen Themen eine Sache der jeweils zuständigen Gerichtsbarkeiten, wie etwa dem Registergericht München.

Antwort der Bundesregierung unter
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/019/1801931.pdf>

nach oben

Ehrenamt und Mindestlohngesetz: Protokollnotiz

Dem am 3. Juli 2014 vom deutschen Bundestag beschlossenen Tarifautonomiestärkungsgesetz, mit dem ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird, wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen im Sportausschuss am selben Tag eine Protokollnotiz zugefügt: »Die Koalitionsfraktionen sind mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales darin einig, dass ehrenamtliche Übungsleiter und andere ehrenamtlich tätige Mitarbeiter in Sportvereinen nicht unter dieses Gesetz fallen.« In der Notiz wird im Weiteren erläutert, woran dies im Einzelnen zu erkennen sein soll (Gemeinwohlwille, fehlende Adäquatheit der finanziellen Gegenleistung). Neben Übungsleitern soll dies auch für Amateur- und Vertragssportler zutreffen: »Auch Amateur- und Vertragssportler fallen nicht unter den Arbeitnehmer-Begriff, wenn ihre ehrenamtliche sportliche Betätigung und nicht die finanzielle Gegenleistung für ihre Tätigkeit im Vordergrund stehen.«

Weitere Informationen unter
http://www.dosb.de/de/sportentwicklung/sportentwicklungs-news/detail/news/das_ehrenamt_soll_nicht_unter_das_mindeslohngesetz_fallen/

nach oben

Mehrgenerationenhäuser: Finanzierung 2015 und später

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, will die Mehrgenerationenhäuser nachhaltig sichern. Zunächst einmal steht im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2015 die Weiterförderung aller 450 Mehrgenerationenhäuser im gleichnamigen Aktionsprogramm des Bundes. Über 2015 hinaus will die Ministerin mit den Ländern und Kommunen eine gemeinsame Lösung für die dauerhafte Etablierung der Häuser finden, denn, so die Ministerin: »Mehrgenerationenhäuser stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft und helfen die Folgen des demografischen Wandels aktiv zu gestalten.«

Weitere Informationen unter

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=208228.html>

nach oben

Röscheisen: Zivilgesellschaft und Endlager-Kommission

Dr. Helmut Röscheisen, Generalsekretär des Deutschen Naturschutz Rings (DNR), skizziert in seinem Gastbeitrag die Positionierungen der Umweltverbände und des Deutschen Bundestages zur Beteiligung zivilgesellschaftlicher Umweltorganisationen an der Endlager-Kommission. Er stellt die Gründe dar, warum die Umweltorganisationen die vorgesehenen Plätze in der Kommission zunächst nicht eingenommen hatten. In einem Entschließungsantrag hat der Deutsche Bundestag einige dieser Kritikpunkte aufgegriffen und die Umweltverbände erneut zu einer Wahrnehmung ihrer Plätze aufgefordert. Inzwischen beteiligen sich in der Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe ein Vertreter des BUND und der Deutschen Umweltstiftung. Im Sinn der bisherigen Kritik hat der BUND-Vertreter dort einen detaillierten Vorschlag eingebracht, wie die Evaluierung des Standortauswahlgesetzes mit der Organisation eines breiten gesellschaftlichen Diskurses verbunden werden kann.

Gastbeitrag von Helmut Röscheisen unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/08/NL14_Gastbeitrag_Roescheisen.pdf (130 kB)

nach oben

Schaar: Privatsphäre und Menschenrecht

Der scheidende Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar hat unter dem Titel »Privatsphäre als Menschenrecht: Edward Snowden und die Kontrolle der Macht« einen Rückblick auf seine Amtszeit geworfen. Dieser Rückblick ist zugleich ein Ausblick auf das, was nottut und in seiner Amtszeit nicht durchzusetzen war. Er konstatiert das Versagen der deutschen Strafverfolgungsbehörden beim massenhaften Einbruch ausländischer Nachrichtendienste in die Privatsphäre der BürgerInnen ebenso wie das Scheitern des von ihm angeregten Zusatzprotokolls zum UN-Zivilrechtspakt. Hoffnung setzt er vor allem in die EU, namentlich die Kommission und das Europäische Parlament – und auf die Kräfte der Zivilgesellschaft, »die die Überwachung nicht mehr als Schicksal hinzunehmen bereit« sind und einen entsprechend politischen Druck aufbauen. Und seine Aussage zum notwendigen Umgang mit Edward Snowden ist klar und eindeutig: »Wenn die westlichen Demokratien ihren Ansprüchen und Grundwerten treu bleiben wollen, müssen sie ihm einen gesicherten Aufenthaltsstatus einräumen.«

Der Beitrag ist in den Blättern für deutsche und internationale Politik 7/2014 erschienen und basiert auf »Überwachung total: Wie wir in Zukunft unsere Daten schützen« von Peter Schaar im Aufbau Verlag.

Beitrag unter

<http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2014/juli/privatsphaere-als-menschenrecht>

nach oben

Aktuelles aus dem BBE

nach oben

Projekt ehrenamtliche Vereinsvorstände: Online-Publikation

Vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2014 hat sich das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung an der Diskussion über die Entwicklungs- und Unterstützungsbedarfe von Vereinen und ihren Vorständen und der Erarbeitung und Verbreitung von Lösungsansätzen beteiligt. In der vorliegenden Abschlusspublikation des Projektes »Gewinnung, Qualifizierung und Entwicklung ehrenamtlicher Vereinsvorstände« werden die Ergebnisse des Projektes zusammengefasst. Die Publikation versammelt Beiträge zur Situation des Vereins- und Vorstandswesens, in denen die AutorInnen aktuelle Herausforderungen und Anforderungen bei der Ausgestaltung ehrenamtlicher Vorstandsämter und Ansätze zur Gewinnung, Qualifizierung und Entwicklung von ehrenamtlichen Vereinsvorständen beschreiben. Ein Serviceteil enthält zahlreiche weiterführende Informationen und Materialien. Das Thema wird dabei mit Blick auf verschiedene Engagementfelder und mit Fokus auf unterschiedliche Zielgruppen dargestellt. Die Online-Publikation ermöglicht so einen umfassenden Einblick in das wichtige Thema der Vereins- und Vorstandsentwicklung.

Publikation unter

<http://www.b-b-e.de/publikationen/publikationen-sonstige/>

nach oben

Die 10. Woche des bürgerschaftlichen Engagements

Die bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements feiert Jubiläum! Zum 10. Mal findet sie unter dem Motto »Engagement macht stark!« vom 12. bis 21. September 2014 unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck statt. Zu diesem Anlass haben zwischenzeitlich die 16 MinisterpräsidentInnen der Bundesländer gratuliert und damit den Einsatz von 23 Millionen Engagierten in ganz Deutschland gewürdigt. Am 12. September wird die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig die Aktionswoche in Berlin feierlich eröffnen. Interessierte sind herzlich eingeladen, an der Auftaktveranstaltung teilzunehmen. Das Kampagnenteam ruft zudem engagierte Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Vereine, Verbände, staatliche Institutionen, Stiftungen und Unternehmen zum Mitmachen an der Aktionswoche auf. Veranstaltungen, die im Zeitraum vom 3. bis 30. September 2014 stattfinden, können in den Engagementkalender der Aktionswoche eingetragen werden. Fragen beantwortet das Kampagnenteam.

Engagementkalender unter
<http://www.engagement-macht-stark.de/engagementkalender/>

Programm und Anmeldung zur Auftaktveranstaltung unter
<http://www.engagement-macht-stark.de/aktionswoche/auftaktveranstaltung-2014/>

Statements der MinisterpräsidentInnen unter
<http://www.engagement-macht-stark.de/engagement/ministerpraesidenten/>

Kontakt Kampagnenteam
Email: aktionswoche@b-b-e.de

nach oben

Deutscher Engagementpreis: Nominierungsrekord

Am 10. September 2014 findet die Jurysitzung des Deutschen Engagementpreises statt. Schon jetzt nach Ende der Nominierungsphase ist klar, dass es einen neuen Rekord gegeben hat, nämlich 2339 Nominierungen für den Preis. Die Jury entscheidet in den fünf Kategorien Einzelperson, gemeinnütziger dritter Sektor, Politik und Verwaltung, Wirtschaft sowie dem Schwerpunktthema 2014 »Miteinander der Generationen«. Für den Publikumspreis, der über ein Online-Voting zwischen dem 01. und 31. Oktober 2014 entschieden wird, wählt sie zudem 15 Nominierte als Vorschläge aus.

Weitere Informationen unter
<http://www.deutscher-engagementpreis.de>

nach oben

Mitglied des Monats: Verwaltungs-Berufsgenossenschaft

Der Versicherungsschutz im Ehrenamt ist seit seiner Einrichtung ein wichtiges Thema für die Arbeit des BBE. Engagierte können in ihrem Engagement – etwa auf dem Glockenturm beim sonntäglichen Glockengeläut oder Kassenwart in einem Verein – Opfer eines körperlichen Schadens werden. Hier stellt sich die Frage nach einer Unfallversicherung, die eine möglichst schnelle Wiederherstellung der Gesundheit unterstützt, eine finanzielle Grundsicherung bei Invalidität bietet sowie im schlimmsten Falle auch Hinterbliebene unterstützt. Die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) ist eine der beiden gesetzlichen Unfallversicherungen, die Engagierte in verschiedenen Bereichen versichern. Neben der im Gesetz verankerten Versicherung im Ehrenamt können sich Engagierte auch selbst freiwillig versichern oder dies über ihre Organisationen tun. Die VBG stellt hierfür eine einfache Antragsmöglichkeit zur Verfügung. Damit ist die VBG selbst ein wichtiger Teil der Rahmenbedingungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland.

Weitere Informationen zur freiwilligen Versicherung unter
http://www.vbg.de/DE/1_Mitgliedschaft_und_Beitrag/1_Mitgliedschaft/3_Ehrenamtsversicherung/ehrenamtsversicherung_node.html

Weitere Informationen zur VBG unter
<http://bit.ly/1RUfjx>

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Veranstaltung zum schottischen Unabhängigkeitsreferendum

Am 18. September 2014 stimmen die Bürger Schottlands in einem verbindlichen Referendum darüber ab, ob sie unabhängig vom Rest des Vereinigten Königreichs werden wollen. Dieser besondere Vorgang in der jüngeren Geschichte Westeuropas ist Gegenstand einer Veranstaltung am 28. August 2014 in Berlin. Dr. Jan Eichhorn, Forschungsdirektor von dpart – Forschung für politische Partizipation, wird dazu aktuelle empirische Ergebnisse zweier Projekte an der University of Edinburgh präsentieren. Was charakterisiert die Unabhängigkeitsbefürworter? Welche Auswirkung kann die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre haben? Solche und weitere Fragen können ausgiebig diskutiert werden.

Einladung unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/08/NL14_Einladung_Hintergrundgespraech.pdf (194 kB)

nach oben

Anerkennungskultur und Interkulturalität: Tagung

Am 8. und 9. September 2014 findet in Nürnberg die Fachtagung »Anerkennungskultur vor Ort - Bürgerschaftliches Engagement interkulturell öffnen und stärken« beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge statt. Die Fachtagung wird sich im Rahmen von Workshops, Fachimpulsen und einer Fishbowl-Diskussion etc. mit Fragestellungen rund um Bürgerbeteiligung und Engagement konkret im Lebensalltag der Menschen und der Handlungsebene vor Ort befassen. Sie richtet sich an Praktikerinnen und Praktiker aus der Projektarbeit und Initiativen, die im Bereich Integration, kulturelle Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt oder auch Engagement, Partizipation und Beteiligung arbeiten als auch an Mitarbeitende aus Verwaltungen und Stiftungen. Die Teilnahme an der Fachtagung ist kostenlos. Reise- und Übernachtungskosten können in begründeten Einzelfällen erstattet werden. Um Rückmeldung wird bis zum 11. August gebeten.

Weitere Informationen unter

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Veranstaltungen/DE/2014/140908-erkennungskultur-nuernberg.html>

nach oben

Neunter Demographie-Kongress

Der 9. Demographie-Kongress findet am 27. und 28. August in Berlin statt. Sein Motto lautet: »Das Miteinander gestalten - Zusammenhalt, Generationen,

Vereinbarkeit«. Im Zentrum der Tagung stehen in diesem Jahr Fragen einer alternden Gesellschaft. Die Keynote am ersten Tag hält Prof. Dr. theol. Dr. rer. soc. Reimer Gronemeyer, Demenz- und Altersexperte der Universität Gießen zur Frage: »Wie wollen wir im Alter leben?«. Zudem werden die Siebte Altenberichtscommission und die Zweite Engagementberichtscommission ein gemeinsames Fachforum zum Thema: »Lokale Politik für Engagement und ältere Menschen« gestalten. Der Demographie-Kongress wird vom Behörden Spiegel veranstaltet, unterstützt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Bundesinstitut für Bevölkerung, dem Generali Zukunftsfonds, dem DBB Beamtenbund und Tarifunion, der Bertelsmann Stiftung und dem Deutschen Roten Kreuz. Die Kongressgebühren reichen von 49.- Euro zzgl. Mehrwertsteuer für einen Tag bis 360.- Euro zzgl. Mehrwertsteuer für beide Tage je nach Art der Institution bzw. Organisation, zu der man gehört.

Weitere Informationen unter

<http://www.best-age-conference.com/Kongress/>

nach oben

30 Jahre NAKOS: Fachtagung

Seit 30 Jahren besteht die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS). Aus diesem Anlass lädt die NAKOS am 22. September 2014 zu einer bundesweiten Fachtagung in die Katholische Akademie Berlin ein. Die Veranstaltung befasst sich mit der Bedeutung der professionellen Selbsthilfeunterstützung für die Gründung und die Arbeit von Selbsthilfegruppen angesichts heutiger und künftiger gesellschaftlicher und demografischer Herausforderungen. Zielgruppe der Veranstaltung sind Aktive aus der Selbsthilfe und der Selbsthilfeunterstützung sowie Interessierte aus Gesellschaft und Politik. Der Teilnahmebeitrag beträgt 25.- Euro. Um Anmeldung bis zum 31. August wird gebeten.

Weitere Informationen unter

http://www.nakos.de/site/aktuelles/meldungen/?news_key_:int=9240&back_=true

nach oben

50 Jahre Robert Bosch Stiftung: Internationale Konferenz

Seit 50. Jahren gibt es die Robert Bosch Stiftung. Aus diesem Anlass lädt die Stiftung am 16. und 17. Oktober 2014 zu einem internationalen Kongress in Berlin ein: »Zeit der Bürger – wie Zivilgesellschaft und Stiftungen Zukunft gestalten«. Welche Trends prägen die Zivilgesellschaft und welchen neuen Herausforderungen muss sie sich stellen? Wie müssen sich Stiftungen als eine Triebfeder der Zivilgesellschaft aufstellen? Diese und weitere Fragen werden mit internationalen ExpertInnen, StifterInnen, AktivistInnen und InnovatorInnen der Zivilgesellschaft diskutiert. Eröffnet wird die Konferenz von Bundespräsident Joachim Gauck. Eine wichtige Grundlage der Diskussion auf der Konferenz bildet die Studie »Zukunft des Stiftens«, die Roland Berger Strategy Consultants im Auftrag der Robert Bosch Stiftung erarbeitet hat. Hier finden Sie weitere Informationen zum Programm und können sich bis zum 31.8.2014 anmelden.

Weitere Informationen unter

<http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/55152.asp>

nach oben

Bewerbung um Olympische Spiele: Dossier für eine Reform

Olympische Spiele sind nicht allein trisektorale Veranstaltungen geworden, bei denen mehr oder weniger im Lichte der Öffentlichkeit viel Geld von Privaten und Staat eingesetzt und umgesetzt wird: Möglich werden sie nur durch das Engagement vieler tausend Ehrenamtlicher bei der Durchführung und im Vorfeld der Spiele. Zugleich bieten sie gerade für viele kleinere, hauptsächlich von ehrenamtlicher Arbeit lebende Sportarten die wichtigste Darstellungsmöglichkeit in der Öffentlichkeit. Für sie hängen öffentliche Förderungen in Deutschland in erheblichem Maße von Status und Erfolg als olympischer Sportart ab. Deshalb ist es von engagementpolitischer Bedeutung, ob und wie ein notwendiger Erneuerungsprozess der olympischen Bewegung gelingt. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat unter dem Titel »Olympische Agenda 2020« einen entsprechenden Diskussionsprozess in 14 Arbeitsgruppen eingeleitet. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) sowie die Nationalen Olympischen Komitees (NOK) von Österreich, Schweden und der Schweiz engagieren sich in den Arbeitsgruppen und haben zudem ein gemeinsames Diskussionspapier vorgelegt. Es trägt den Titel »Olympische Agenda 2020 – Die Erfahrung von Bewerbern«. Darin werden die Erfahrungen der vier NOKs beschrieben, die sie bei ihren Olympiabewerbungen in der jüngsten Vergangenheit gemacht haben und Verbesserungsvorschläge entwickelt.

Weitere Informationen unter

http://www.dosb.de/de/olympia/olympische-news/detail/news/dosb_und_drei_noks_legen_diskussionspapier_vor/

nach oben

»Staatliche Schutzpflichten und Pflege« Publikation

Das Buch von Susanne Moritz, Staatliche Schutzpflichten gegenüber pflegebedürftigen Menschen, Nomos Verlagsgesellschaft 2013, ist Gegenstand der Rezension von Dipl. Päd. Barbara Riethmüller, Vorstandmitglied von »wir pflegen« - Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e. V., die zuerst auf socialnet erschienen ist. Es handelt sich um eine juristische Dissertation, die das Thema der staatlichen Verantwortung für die Missstände in der Pflege über die Figur der staatlichen Schutzpflichten angeht. Der Zugang, dass pflegebedürftige Menschen in Heimen Grundrechtsträger sind, für die staatliche Schutzpflichten bestehen, hat für die Rezensentin, die selber 20 Jahre in der Pflege tätig war, weitreichende Bedeutung über juristische Argumentationen, etwa vor dem Bundesverfassungsgericht hinaus: »Grundrechte der pflegebedürftigen Menschen ins Gedächtnis zu rufen und z. B. die Not und den Verlust der Würde anzuprangern, wenn keine rechtzeitige Hilfe garantiert werden kann ›wenn man muss‹, das sollte uns allen zu denken geben.«

Rezension unter

<http://www.socialnet.de/rezensionen/16184.php>

nach oben

»Partizipation in der sozialen Arbeit« Publikation

Die Mitbestimmung der AdressatInnen an der Ausgestaltung sozialer Dienste wird als selbstverständlich angesehen. Diese steht jedoch häufig in Unvereinbarkeit zu paternalistischen Strukturen. Das Heft »Partizipation in der sozialen Arbeit: Alibi oder Empowerment?«, Fachzeitschrift Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit (Ausgabe 2/2014), beschäftigt sich mit der Analyse von Potenzialen, Hemmnissen und Wirkungen von Partizipation in der sozialen Arbeit. Hierbei werden die verschiedenen Handlungsfelder der sozialen Arbeit erörtert: der rechtliche und institutionelle Rahmen, Beteiligungsformen, Bedürfnisse der Zielgruppen, Rolle der Fachkräfte, Ziele und Wirkungen sowie Erfahrungen aus der Praxis. Die Beiträge zeigen einerseits die Entwicklung von paternalistischen Fürsorgesystemen hin zur Selbst- und Mitbestimmung der AdressatInnen und NutzerInnen und decken andererseits Alibifunktionen und paradoxe Wirkungen auf.

Publikation bestellen unter

http://verlag.deutscher-verein.de/index.php?main_page=product_info&products_id=239

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 21. August 2014.
Redaktionsschluss ist der 14. August 2014.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Andreas Pautzke, Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

[Hinweis](#)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend